

# Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 24. Mai 1931  
14. Jahrgang Nr. 111

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatlich 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeile 10 Pf. oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Vereinsmitgliedsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreizehnte Zeile 10 Pf. oder deren Raum im Text 70 Pf. — Anzeigenschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 400 89. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Worderhaus). Fernsprecher 439 02. Schreibzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 89.

## Rote Einheitsfront gegen die Preußen-Reaktion!

### Die KPD. zeigt den Weg zur Verhinderung der Nazi-Regierung

## Arbeiter! Arbeiterinnen! Werttätige in Stadt und Land!

Das Ergebnis der preussischen Landtagswahlen spiegelt die ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland wider. Dieser Kampf wird nicht durch Parlamentswahlen entschieden. Auch ist das Ergebnis der Preußenwahl keineswegs der klare Ausdruck für die Formierung der Klassenkräfte. Aber die Wahlen zeigen die wachsende Empörung der werttätigen Massen gegen das kapitalistische System, gegen die Umwälzung aller Kräfte der Wirtschaftskrise und der Reparationsverpflichtungen auf ihre Schultern gegen die ungeheure Verelendung und wachsende Existenzunsicherheit aller Schichten des werttätigen Volkes.

Diese wachsenden antikapitalistischen Stimmungen der Massen, der Haß gegen das Versailler Unterdrückungssystem, ihre Empörung gegenüber der arbeitfeindlichen Politik der Regierung Braun-Severing veranlaßten die Nationalsozialisten mit ihrer betrügerischen Propaganda, mit ihrem angeblichen „Kampf gegen das System“ zu einem großen Teil einzufangen. Es ist der Bourgeoisie gelungen, breite Massen vom wirklichen Kampf gegen die kapitalistische Ausplünderung durch eine Welkenationalistische Verheißung abzulenken. Breiten Massen wurde die trügerische Hoffnung erweckt, daß ihnen Hitler helfen wolle. Sie werden sich davon überzeugen müssen, daß sie einem Betrug zum Opfer fielen. Die Nationalsozialistische Partei kämpft weder gegen das kapitalistische System noch gegen Versailles.

Die Hitlerpartei ist eine vom Finanzkapital geschützte und ausgefaltene Organisation, um damit das System der Ausbeutung und Unterdrückung vor dem Ansturm der Massen zu schützen und der offenen faschistischen Diktatur den Weg zu bahnen.

Nur die kommunistische Partei führt die Massen zum wirklichen Kampf gegen das kapitalistische System, gegen die Kapitaloffensive auf Abbau der Löhne und Unterdrückungen, gegen den Versailler Raubvertrag und den räuberischen Youngplan, gegen die imperialistischen Kriegshetze, gegen alle Maßnahmen zur Durchführung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland. Unter ihrer Führung formieren sich die proletarischen Klassenkräfte, bildet sich die

### rote Einheitsfront aller Werttätigen.

Nur allein die KPD. führt den Kampf der proletarischen Massen gegen den Faschismus. Sie allein wird die Massen, die heute noch aus Verzweiflung über ihr Elend, aus Enttäuschung über die arbeitfeindliche Politik der SPD., aus Haß gegen das Versailler System und gegen den Kapitalismus, Haß gegen Hitler und der nationalsozialistischen Demagogie betrügerischen Hoffen, auf den Weg des revolutionären Klassenkampfes und damit zum Siege führen. Die Entscheidung in diesen Kämpfen wird nicht in Parlamenten, sondern durch die geschlossene Kampffront der werttätigen Massen unter Führung der kommunistischen Partei in Betrieben, auf der Straße, in Stadt und Land fallen.

### Die Sozialdemokratie

Neht erneut die Massen zu betrügen und sie von der Notwendigkeit des außerparlamentarischen Massenkampfes abzulenken. Sie versprach den Massen, daß durch die Hindenburgwahl der Faschismus geschlagen werde. Jetzt muß sie zugeben, daß das eine Lüge war. Jetzt erklärt sie in frecher Demagogie: es hänge von den Kommunisten im Landtag ab, ob die Faschisten zur Macht kommen, während in Wirklichkeit die Severing und Braun ihre Bereitschaft, abzutreten und die Hitlerpartei zur Ausübung der Regierungsgeschäfte „heranzulassen“, unabweiblich bekannt haben.

Die SPD. will vertuschen, daß sie durch ihre Politik der Massenausbeutung und Massenknedelei, durch die Tolerierung der Brüningregierung und die gleiche Notverordnungspolitik der Braun-Severing-Regierung die Massen dem Hitlerfaschismus zugeführt und durch ihre Notverordnungs-diktatur die Faschisierung auf kaltem Wege am stärksten gefördert hat.

Unter dem Druck ihrer proletarischen Anbau versucht die

Sozialdemokratie den falschen Schein zu erwecken, als ob sie gegen den Faschismus kämpfe, während sie in Wirklichkeit das

### stärkste Hindernis für jeden Massenkampf gegen den Hitlerfaschismus

darstellt, während die Führer des Reichstagners und der „Eisernen Front“ sich offen zum Verzicht auf jeden aktiven Kampf bekannt haben. So will die Sozialdemokratie vor den Massen den neuen Betrug durchführen, daß der Kampf gegen den Faschismus durch parlamentarische Abstimmungen entschieden werde und die Entscheidung dabei von den Kommunisten abhängt.

Die KPD. wird sich durch ein solches betrügerisches Geschrei der SPD. in ihren revolutionären Entscheidungen, auch im Parlament, nicht betören lassen. Sie brandmarkt das Braun-Severing-Kabineett als eine Regierung, die in der Knebelung des revolutionären Massenkampfes, in der Faschisierung des Staatsapparates und der Massenbelastung der Werttätigen alle anderen Länderregierungen übertrifft hat. Sie wird nach wie vor den härtesten Kampf gegen diese Regierung und für ihren Sturz durch die revolutionären Arbeitermassen führen!

### Die KPD. wird in schärfstem Maße den Kampf der Massen gegen den Hitlerfaschismus organisieren, weil er in noch brutalerer Weise und in noch schnellerem Tempo die faschistische Diktatur in Deutschland verwirklichen will.

Die KPD. weiß sehr wohl, die Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und der Hitlerpartei, besonders in ihrer sozialen Zusammenfassung einzuschätzen. Aber sie stellt auch fest, daß die Politik des „kleineren Übels“ der Sozialdemokratie ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, einen Betrug an den werttätigen Massen darstellt, weil diese Politik die aktive Unterstützung der faschistischen Unterdrückung und kapitalistischen Ausplünderung der Massen bedeutet und dem Hitlerfaschismus den Weg bereitet.

### Die KPD. wird sich bei ihrem Kampf gegen diese gegen das Proletariat gerichtete klassenfeindliche Politik der Sozialdemokratie, die die etappenweise Faschisierung ermöglicht hat, ganz ausschließlich nur von den Interessen des Proletariats und der werttätigen Massen leiten lassen.

So wie sie die Massen zum härtesten Kampf gegen diese arbeitfeindliche Politik der SPD. aufruft, so wird die KPD. dem Hitlerfaschismus in keiner Weise ermöglichen, den großen und unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der KPD. als der einzigen proletarischen Partei und der sozialdemokratischen Partei

## Wir erneuern dieses Angebot zum gemeinsamen Massenkampf gegen den Faschismus, gegen das Versailler Raubsystem und die imperialistischen Kriegshetze

Die Kommunisten werden im Landtage für folgende zentrale Forderungen den Kampf führen:

1. Gegen jeden Lohn- und Gehaltsabbau, für Rückgängigmachung aller erfolgten Lohn- und Gehaltskürzungen.
2. Gegen jeden Unterstützungsabbau, für Ausbau der Sozialversicherung.
3. Für Bereitstellung von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen und ihre Beschäftigung zu vollem Tariflohn. Für Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich.
4. Für Aufhebung aller Notverordnungen.
5. Für Aufhebung aller Verbote von proletarischen Organisationen und Verordnung zur Einschränkung oder Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes. Für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.
6. Für Einstellung aller Zahlungen auf Grund des Youngplans und der Dawesanleihen. Für Ein-

stir sich auszunutzen und dadurch auch nur innerhalb des Parlaments Erfolge zu erzielen.

Die KPD. wird mit aller Rücksichtslosigkeit ihren Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung fortsetzen und an ihrer Taktik gegenüber der arbeitfeindlichen Politik der SPD. nicht das allgeringste ändern.

Die gegen das Proletariat gerichtete Politik der SPD., ihre Rolle als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie und ihr Verbrechen an der Arbeiterklasse machen es der KPD. unmöglich, Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie über die parlamentarischen Abstimmungen zu treffen, oder gar irgendwelche Kompromisse mit der SPD. zu schließen. Selbst dort, wo sich bei Wahlen eine Mehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Parlamenten ergab, wie in Berlin, Hamburg, Bremen und anderen Orten und wo die Kommunisten auf Grund dieser Abstimmung die Sozialdemokratie aufforderten, unter Ausschaltung der bürgerlichen Parteien gemeinsam die parlamentarischen Körperschaften zu besetzen, haben die Sozialdemokraten diese Vorschläge abgelehnt und unter Ausschaltung der KPD. gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien die Besetzung vorgenommen.

Die KPD. wird deshalb bei den Präsidiatswahlen im Preussischen Landtag ihre eigenen Kandidaten aufstellen und für sie stimmen. Die KPD. wird im Landtag die Sozialdemokratie und die mit ihr verbündete Zentrumsparlei vor die Entscheidung stellen, ob sie durch Obstruktion oder durch andere parlamentarische Mittel die Nationalsozialisten an der Regierung übernahme hindern wollen.

Die KPD. wird diesen Kampf gegen den Regierungsantritt des Hitlerfaschismus nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb des Parlaments mit aller Entschiedenheit führen.

Sie ruft die Massen auf, mit dem härtesten Widerstand und eisernem Kampfwillen auf jeden Versuch der Bildung einer Hitlerregierung zu antworten. Die KPD. brandmarkt die Vorschläge der sozialdemokratischen Führer, die Nazis an die Regierungsmacht „heranzulassen“ als eine verbrecherische Hilfeleistung bei der Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur.

### Sozialdemokratische Arbeiter, Werttätige!

Wir sind überzeugt, daß ihr euch von dem betrügerischen Geschrei der SPD.-Führer nicht von der Erkenntnis abhalten lassen werdet, daß nur im gemeinsamen Kampf mit uns der Faschismus geschlagen werden kann. Wir haben euch bereits das Angebot gemacht, mit uns gemeinsam den Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau aufzunehmen.

### Stellung aller Zahlungen an die ehemaligen Fürstenthümer und Konfiskation ihres Besitzes. Für Aufhebung der kirchlichen Konkordate.

Bei dem Kampf um diese Forderungen wird sich erneut herausstellen, daß die Sozialdemokraten im Landtage nicht diese Forderungen unterstützen, sondern, wie schon bisher, sie ablehnen und sich damit an die Seite aller Klassenfeinde des Proletariats stellen.

Neue Notverordnungen mit ungeheuren Belastungen der Massen stehen bevor. Neues Elend, neue Unterdrückung bedroht das werttätige Volk. Die Hungerpeitsche des Kapitalismus, die Sklavenpeitsche der Versailler Räuber soll verhärtet auf die Schultern der arbeitenden Massen Deutschlands niederfallen. Schon werden von der Generalkommission die

### Vorbereitungen zur Militärdiktatur

getroffen, um jeden Widerstand der Werttätigen gegen die Kapitaloffensive, jeden proletarischen Klassenkampf gegen Not und Hunger, jede Massenmobilisierung gegen den Faschismus zu



# Internationaler Kongreß gegen den Krieg

Ein Komitee weltbekannter Intellektueller ruft alle ehrlichen Kriegsgegner auf, sich am 28. Juli in Genf zu vereinigen, um Aktionen gegen den drohenden Weltkrieg und für den Schutz der neuen Welt des Sozialismus zu beraten

Wie wir bereits auf Grund einer Mitteilung des Conté-Nachrichten-Büros aus Paris meldeten, hat sich auf Initiative der bekannten Dichter Romain Rolland und Henri Barbusse ein Internationales Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe gemacht hat, alle Frauen und Männer, Gruppen und Organisationen, die bereit sind, gegen die drohende Kriegsgefahr zu kämpfen, zu einem Internationalen Kongreß zu vereinigen.

Das Komitee, dem u. a. Maxim Gorki, Henri Barbusse, Upton Sinclair, Frau Sunjatsen, Romain Rolland, Theodore Dreiser, Prof. Albert Einstein, Prof. Paul Langevin, Heinrich Mann, John Dos Passos, F. Maja-reel, Leonore Despard (Irland), Jean Devanny (Australien) angehören, sieht vor, den

internationalen Kongreß gegen die drohende Kriegsgefahr am 28. Juli 1932 in Genf abzuhalten.

Nach vielen Einzelstimmen gegen den drohenden Weltkrieg, zur Verteidigung der Sowjetunion ist dies der erste Schritt namhafter bürgerlicher Intellektueller, alle ehrlichen Kriegsgegner zu einer wirklichen Antikriegsaktion zusammenzufassen. Wir haben bereits erklärt, daß wir die Bildung dieses Komitees im Namen der revolutionären Arbeiterschaft begrüßen, die hofft, auf diesem Kongreß Bundesgenossen für ihren schweren Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher zu gewinnen.

## Der Aufruf der Kriegsgegner

Aus dem Aufruf des Komitees waren in der Fassung des Conté-Nachrichtenbüros entscheidende Stellen, wo die weltbekannten Schriftsteller und Künstler sich für die Verteidigung der Sowjetunion einsetzen, weggelassen. Wir veröffentlichen darum den Aufruf nachstehend nochmals im Wortlaut:

Während in Genf seit Monaten die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes tagt, tobt im Osten ein blutiger Krieg. Der japanische Raubkrieg gegen China dauert fort. Fliegerbomben und Granaten haben tausende chinesische Arbeiter und Bauern, wehrlose Greise, Frauen und Kinder zerlegt.

Japan hat sich auf den asiatischen Kontinent gestürzt. Es hat in Tschapei eine riesige schuldlose Bevölkerung massakriert. Es hat sich der Mandchurei bemächtigt. Unter der plumpen Maske einer unabhängigen Republik gibt die Mandchurei die strategische Basis für den Krieg gegen die Sowjetunion ab. Die Sowjetunion ist seit 15 Jahren bemüht, eine neue Welt zu errichten, auf der Gemeinschaft der Arbeitenden, einer sinnvollen Verteilung der Produktion auf dem Prinzip des Interesses der Allgemeinheit, der Kooperation, der Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen: Prinzipien, die im schärfsten Gegensatz stehen zur Anarchie des kapitalistischen Systems. Seit Monaten widersteht die Sowjetunion, die alle Kräfte auf das große sozialistische und humane Aufbauwert richtet, heroisch allen Provokationen Japans.

In Europa, besonders in Rumänien, Polen und den Randstaaten, wird unter Führung von Frankreich fieberhaft an den Kriegsrüstungen gearbeitet.

Die Rüstungsbudgets steigen zu phantastischen Höhen, die Kriegsrüstungen aller Staaten gehen ins Ungemessene, es wächst die Produktion in den Fabriken der Rüstungs- und chemischen Industrie in Frankreich (Schneider-Creusot, Renault, Kuhlmann), im Ruhrgebiet, in der Tschechoslowakei (Stoda), in Rumänien und Polen, — und damit die Vorbereitung der Vernichtung ganzer Kontinente mit den furchtbaren Mitteln des chemischen Luftkrieges.

## Ein neuer Weltkrieg droht!

Der Krieg richtet sich unmittelbar gegen China und soll mit Unterstützung der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion vorgetragen werden.

Die Urheber dieses Anschlages sind führende kapitalistische Konzerne und Großbanken im Westen. Es ist die Schwerindustrie, die Industrie- und Bankkapitalisten, denen als Werkzeug die Regierung der kapitalistischen Länder zur Verfügung stehen. Es ist klar, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion, ein neuer, zweiter Weltkrieg, eine Massennot von nie gekanntem Ausmaße, das schlimmste Elend über das schaffende Volk aller Länder bringen muß und das Leben von Millionen Männern und Frauen kosten würde.

Die unterzeichneten Frauen und Männer sind fest entschlossen, alles zu tun, um dieses Kriegsverbrechen zu verhindern und sind tief überzeugt, daß kein frei denkender Mensch bei diesem drohenden Riesenkonflikt abseits stehen kann, sondern sich einreihen muß in die Front derjenigen, die bereits begonnen haben, den Kampf gegen den Krieg zu organisieren und zu führen.

Wir rufen alle Frauen und Männer ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen und alle proletarischen, kulturpolitischen und sozialpolitischen Organisationen, überhaupt alle Vereinigungen ohne Rücksicht auf ihre sonstige politische Stellungnahme auf, sich zu einem

großen internationalen Kampfkongreß gegen den Krieg zu vereinigen.

Dieser Kongreß soll nicht nur der Gesamtwelt die Kampfentschlossenheit von Millionen Arbeitern, Frauen und Männern manifestieren, die bereit sind, mit Einsatz ihres Lebens gegen das Kriegsverbrechen zu kämpfen und an diesem Kongreß über die zweckdienlichen Mittel zu beraten, die geeignet sind gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen wirkungsvoll zu kämpfen. Von den Arbeitern hängt es ab, ob der Krieg, der im Osten gegen China schon begonnen hat, zu einem Interkontinentalkrieg gegen die Sowjetunion erweitert wird.

Wir rufen alle Frauen und Männer, die guten Willens sind, auf, sich an diesem Kongreß, der am 28. Juli 1932 in Genf stattfindet, zu beteiligen und diesen Kongreß zu einer gewaltigen internationalen Demonstration gegen die Kriegsverbrecher und ihre Werkzeuge zu gestalten.

Sehen wir uns nicht der Schmach aus, nicht zu verstehen, oder zu spät zu verstehen! Laßt uns das Gewissen wachrütteln, um den Willen zu stärken! Laßt uns den geschlossenen Widerstand organisieren! Laßt uns in einer mächtigen Woge alle Menschen zusammenschließen, die ein zweitesmal — und in welchen furchtbaren Selatomben — betrogen und geopfert werden sollen!

Gegen dieses wahnsinnige und verbrecherische Treiben gilt es, mit aller Klarheit und mit aller Schärfe zu protestieren, und es gilt, darüber hinaus, Mittel und Wege zu finden, um dieses geplante, wahrhaftige imperialistische Kriegsverbrechen zu verhindern.

# Was war Gorgulow in Rußland?

Als Gutsbesitzersohn prügelte er die Bauern — Sein Vater war zaristischer Offizier — Gorgulow kämpfte mit Denikin und leistete illegale Arbeit gegen die Sowjets

Moskau, 23. Mai. Die Sowjetzeitungen veröffentlichen eine Reihe von Briefen einzelner Bauern aus Labinstaja, dem Geburtsort Gorgulows, in denen die konterrevolutionäre Vergangenheit Gorgulows und anderer weißgardistischer Provocteurs enthußt wird.

In der Kojtower Zeitung „Sa Mir“ erscheint ein Brief eines Rotgardisten Chalojew, eines alten anständigen Einwohner des Dorfes Labinstaja, in welchem er seine Erinnerungen an den weißen Banditen Gorgulow mitteilt. In diesem Briefe heißt es:

Paul Gorgulow, dieser geschworene Feind der Sowjetmacht, ist mir gut bekannt. Sein Vater war konterrevolutionärer Offizier, er kam im Jahre 1918 in Labinstaja während eines Aufstandes der dortigen Organisation von Kubanern und Offizieren, zu der er auch gehört hatte, um Gorgulow stammt aus einer Gutsbesitzerfamilie, die ihren Reichtum aus dem Schweiß und Blut der dortigen Kosaken zusammengerast hat. Gorgulow hat die ganze Zeit gegen die Sowjetmacht gearbeitet und stand in den Reihen der Armee des weißgardistischen Generals Denikin. Er verprügelte nur deswegen viele arme Leute in Labinstaja, weil sie es wagten, ihre Unzufriedenheit mit den Weißen zu äußern.

Nach der Zerstörung der weißen Armee kehrte Gorgulow nach Labinstaja zurück und begann unterirdische Schädlingearbeit zu leisten, um den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht herbeizuführen. Aber er hatte keinen Erfolg. Die Vertätigten Labinstajas entlarvten Gorgulow. Leider gelang es ihm, zu entkommen.

Soviel mir bekannt ist, setzte Paul Gorgulow im Ausland keine konterrevolutionäre Arbeit fort. Er diente in den weißgardistischen Formationen Sawinkows in Polen.

Der ganze Lebenslauf des Weißgardisten Gorgulow ist ein ununterbrochener Kampf im Dienste der Konterrevolution.

In der Tilsiter Zeitung „Krasnoe Woino“ vom 20. Mai wird ein Brief des Rotarmisten Schafin veröffentlicht. Dieser Schafin ist auch aus Labinstaja gebürtig und kannte Gorgulow persönlich. Er schreibt unter anderem: Der Vater Gorgulows war vor der Einführung der Sowjetmacht Vorsitzender der Stanzja-Verwaltung. Gorgulow selbst nahm aktiven Anteil an der Organisation der sowjetfeindlichen Banden. Gorgulow verschwand nach der Liquidierung Denikins.

(Weitere Veröffentlichungen der früheren Nachbarn Gorgulows aus dem Dorf Labinstaja werden wir unseren Lesern noch mitteilen.)

## Straßenkämpfe in El Ferrol

El Ferrol, 23. Mai. In El Ferrol, wo Generalstreik herrscht, haben sich am Sonntag schwere Straßenkämpfe zwischen der Polizei und Streikenden abgespielt. Die Zusammenstöße begannen damit, daß die Streikenden zahlreiche Schüsse gegen die Kaserne der Zivilgarde abgaben.

Laut Meldung des „Mattino“ hat Frankreich Rumänien eine neue Anleihe von 1 Milliarde Franken gewährt.

**Frauen führen Krieg**  
von Emma P. Donuberg

35. Fortsetzung

Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

Der Unteroffizier Reimann sah von seiner Arbeit auf hinüber nach Luise und schüttelte den Kopf:

„Wozu unnötige Hoffnungen machen“, sagte er, „niemand wird von uns Urlaub bekommen.“

Er kannte die Gedanken Luises und setzte deshalb beschwichtigend hinzu: „Das ist einmal so, da kann man nichts ändern.“

„Wenn jeder so denken wollte, da könnte man ja überhaupt einpöden. Eine dumme Redensart: „Man kann nichts ändern!“ Alles kann man ändern, wenn man will!“

Schwarz kam ins Zimmer, ließ sich von Luise Papier und Federhalter geben und schrieb ein langes Urlaubsgeheiß. Dann ging er gedrückt und schwerfällig wieder an seine Arbeit zurück.

Schon gegen Abend brachte der Kurier die Antwort der Kommandantur: „Betrifft Urlaubsgeheiß Schwarz. Wegen der Urlaubssperre kann das Urlaubsgeheiß nicht befürwortet werden. Der Brief des Kindes, der in der Anlage wieder zurückgegeben wird, ist ein ungenügendes Beweismaterial für die tatsächliche Krankheit der Ehefrau Schwarz. Ich stelle anheim, eine ärztliche Bescheinigung über die Krankheit beizubringen und den Antrag mit dieser Bescheinigung aufs neue einzureichen.“

Luise war über diese lakonische, ja wie ihr schien, höhnische Antwort äußerst empört. Sie half dem Monteur einen Brief an den Arzt aufzusetzen, worin er ersucht wurde, schnellstens ein Attest über den Gesundheitszustand der Frau auszusprechen und mitzuteilen, ob Lebensgefahr vorliege. Noch am selben Tage ging dieser Brief mit dem nächsten Feldpostwagen seinem Bestimmungsort zu. Nach drei Tagen kam schon die Antwort: „Der Gesundheitszustand von Frau Maria Schwarz ist äußerst besorgens-

erregend. Das Leiden — Unterleibskrankheit — hat sich sehr verschlechtert und ist schlimmer zu befürchten — — —“

Was Luise geahnt hatte, traf ein. Das zweite Urlaubsgeheiß von Schwarz wurde abermals unter Hinweis auf die Verfügung des M.O. verweigert. Am gleichen Tage aber gingen wieder Offiziersbüroschen als Umlauber mit „Flugzeugmaterial“ nach Berlin. Luise konnte ihr Empörung nicht mehr verbergen und machte sich, obgleich der diensttuende Leutnant im Zimmer war, energisch auf.

„So eine Rücksichtslosigkeit und Ungerechtigkeit!“ rief sie, den Brief der Kommandantur in den Händen.

„Die Frau ist todkrank und der Mann darf nicht nach Hause fahren!“

Der Zahlmeister, der sich ebenfalls im Zimmer befand, sah erblaunt auf. „Was ist los?“ fragte er.

„Der Monteur Schwarz hat um Urlaub ersucht. Heute morgen kam ein ärztliches Attest über eine schlimme Erkrankung seiner Frau. Trotzdem wird der Urlaub abgelehnt!“

„Na, und was gibt's darüber aufzutragen? Ist eben Urlaubssperre“, sagte der Zahlmeister.

„So und die Offiziersbüroschen fahren trotz Urlaubssperre mit ihrem Flugzeugmaterial nach Berlin. Schönes Flugzeugmaterial! Aber wenn das schon so wichtig ist, da könnte man mindestens den Monteur Schwarz beauftragen, die Kisten nach Deutschland zu bringen und ihm so die Möglichkeit geben, seine Familie aufzusuchen.“

Da hatte sie aber zuviel gesagt. Der sonst so gemütliche Zahlmeister grüßte sie an wie einen Soldaten auf dem Kasernenhof: „Was fällt Ihnen ein? Was erlauben Sie sich? Sie haben sich gar nicht um diese Angelegenheiten zu kümmern! Dafür wird schon von höherer Stelle die Verantwortung getragen!“

„Ja —“ bemerkte vorwurfsvoll, aber doch vermittelnd der Unteroffizier Reimann, „ja, Ihre Reden sind hier gar nicht am Platz.“

„Aber die Frau ist doch wirklich krank“, wagte Luise zu bemerken.

„Es sind viele Frauen in Deutschland krank. Viele werden sterben oder Kinder kriegen, ohne daß der Mann dabei ist“, knurrte der Zahlmeister. Ihm war es sichtlich unangenehm, solch eine Diskussion in Anwesenheit des diensttuenden Offiziers zu führen. Aber er konnte doch nicht schweigen, wenn eine Schreiblerin solche renitenten Bemerkungen machte.

Ein Soldat hätte ja nicht wagen dürfen, so etwas zu sagen. Aber die Weiber mischen sich in jeden Dreck, der sie nichts angeht.

Der Leutnant meckerte: „Ich glaube, der Monteur Schwarz muß mal wieder nach vorne, damit ihm die Schenke — hihi — nach seiner Frau — hihi — aus dem Kopfe gejagt wird. Der hat's hier zu gut!“

Luise stand wie versteinert. Wie war so etwas möglich? Derselbe Mann, der bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten Urlaub nahm, derselbe Mann, der größere Pakete und fast alle vierzehn Tage zwei Kisten mit Flugzeugmaterial — requiriertem Gut und Lebensmitteln — nach Hause schickte — der schon seit zwei Jahren am selben Ort und am selben Arbeitsplatz war — der wagte das zu sagen, ohne dabei vor Scham umzusinken! Sie hätte ihn am liebsten gehohlet! Sie wünschte nichts sehnlicher, als einmal Gelegenheit zu haben, diese Gemeinheiten anzuprangern. Am Abend setzte sie sich hin und schrieb. An ihre Freunde, an diejenigen, die links von der alten Partei standen. An Paul, von dem sie noch immer nichts gehört hatte. Den letzten Brief schrieb sie an eine neue Adresse, die sie sich in Köln verschafft hatte. Sie schrieb denen in der Heimat, wie hier draußen Schindluder mit den Menschen getrieben wird, nicht genug, daß sie tagtäglich ihre Kutschen zu Markte tragen. Sie schrieb den Jugendgenossen im Feld, wie das Durchhalten aussieht, das man den Frauen zu Hause predigt. Spät abends ging sie noch bei Reimann vorbei.

„Haben Sie eine neue Nummer der „Rheinischen Zeitung“?“ Reimann nickte.

„Ja, — hier! Lesen Sie. Denken Sie darüber nach, und werden Sie vernünftig.“ Er drückte ihre eine Zeitung in die Hand, in der mehrere Stellen rot angegriffen waren.

„So wichtig?“ fragte Luise. „Haben die am Ursulamarkt endlich erkannt, daß es nicht mehr weiter geht?“

Reimann lächelte verlegen. „Das nicht“, sagte er, „aber sie zeigen uns Wege, wie es weiter gehen kann. Na, lesen Sie man, wir können ja morgen darüber sprechen!“

Reimann scheute die Diskussion mit Luise. Er war froh, als sie wieder draußen war.

Zu Hause angelangt, warf Luise die Zeitung aufs Bett und zog sich aus. Die beiden Zimmergenossinnen saßen auf ihren Betten und schwärmten wieder mal von galanten Abenteuerchen.

Fortsetzung folgt

